Auf der Grundlage des Bestattungsgesetzes, LGBl. Nr. 58/1969 idF. LGBl. Nr. 41/1996, wird auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung der Gemeinde Schoppernau vom 01.12.1997 und 02.04.1998 verordnet:

Friedhofsordnung

§ 1

Allgemeines

(1) Der Gemeindefriedhof der Gemeinde Schoppernau ist laut Beschluß der Gemeindevertretung auf GST-NR 1305 (Eigentümer: Pfarrkirche Schoppernau) GB 91016 Schoppernau errichtet.

(2) Rechtsträgerin der im Abs. 1 genannten Bestattungsanlage ist die Gemeinde Schoppernau gemäß Übereinkommen vom 26.03.1990 (GV-Beschluß vom 16.01.1990).

§ 2

Zweckbestimmung

(1) Der Gemeindefriedhof ist für die Bestattung Verstorbener bestimmt, welche im Gebiet der Rechtsträgerin zum Zeitpunkt des Todes ihren Hauptwohnsitz hatten.

(2) Die Friedhofsverwaltung kann nach Maßgabe des vorhandenen Platzes in berücksichtigungswürdigen Fällen auch die Bestattung anderer als der im Abs. 1 genannten Verstorbenen bewilligen.

§ 3

Allgemeine Friedhofseinrichtung und -dienste

(1) Die Gemeinde Schoppernau stellt für die Aufbahrung der Leichen und Abhaltung von Begräbnisfeierlichkeiten gegen eine durch Verordnung der Gemeindevertretung festgelegte Aufbahrungsgebühr die Leichenkapelle zur Verfügung.

(2) Nach Durchführung der Totenbeschau und nach Anmeldung bei der Friedhofsverwaltung ist jede Leiche und jede Urne, die im Friedhof der Gemeinde Schoppernau bestattet werden soll, in die Leichenkapelle zu bringen.

(3) Die Namen der aufgebahrten oder kremierten Leichen sind jeweils unter Angabe des Zeitpunktes der Bestattung oder Beisetzung an einer für jedermann zugänglichen Tafel durch Anschlag bekanntzugeben.

(4) Die Aufbahrung hat in einer der Würde des Ortes entsprechenden Art und Weise zu erfolgen.

(5) Ausnahmen von den Bestimmungen des Abs. 2 bedürfen der Zustimmung des Bürgermeisters.

(6) Das Öffnen und Schließen von Grabstätten hat ausschließlich nach Absprache mit der Friedhofsverwaltung durch den Totengräber zu erfolgen.

§ 4 Grabstätten

- (1) Die räumliche Einteilung des Friedhofes und die Lage der Grabstätten richten sich nach dem Friedhofsplan, der einen Bestandteil dieser Verordnung bildet.
- (2) Als Grabstätten sind vorgesehen:
- a) Reihengräber für Erwachsene (§ 31 Abs. 3 lit. a BestG)
 - b) Sondergräber (§ 31 Abs. 3 lit. b BestG)
 - c) Urnengräber

§ 5 Särge

Die Leichen dürfen nur in Holzsärgen beigesetzt werden. Diese müssen genügend widerstandsfähig sein. Die Sargmaße dürfen die der Grabstätte nicht überschreiten. Die Beisetzung von Leichen in Metallsärgen sowie Metalleinsätzen in Särgen ist nicht zulässig.

§ 6 Beschaffenheit der Grabstätten

- (1) Für die einzelnen Grabstätten werden folgende Ausmaße festgelegt:

	<u>Länge</u>	<u>Breite</u>	<u>Tiefe</u>
a) Reihengräber f. Erwachsene	2,50	1,30	1,65
b) Sondergräber			
ba) f. 2 Personen	2,50	1,70	1,65
bb) f. 2 - 4 Personen	2,50	1,70	2,20

- (2) Die Särge müssen mindestens 100 cm mit Erde bedeckt sein.
- (3) Die Grabstätten sind von den Benützungsberechtigten einzufassen.
- (4) Die Grabhügel sind bis längstens zwölf Monate nach der Bestattung niveaugleich mit der Einfassung einzuebnen.
- (5) Die Einfassung darf folgende Maße nicht übersteigen:
- a) Reihengrab: Länge 115 cm Breite 0,80
 - b) Sondergrab: Länge 115 cm Breite 1,00
- (6) Die Aufstellung der Einfassung hat so zu erfolgen, wie dies im Friedhofsplan vorgesehen ist. Falsch aufgestellte Einfassungen sind über Aufforderung der Friedhofsverwaltung auf Kosten der Benützungsberechtigten umzustellen.

§ 7 Grabmäler

- (1) Über jeder belegten Grabstätte ist vom Benützungsberechtigten nach Möglichkeit innerhalb von zwei Jahren nach der Bestattung oder Beisetzung ein Grabmal zu errichten und auch instandzuhalten. Bis zu dessen Errichtung sind ausschließlich einfache Holzkreuze in Naturfarbe zu verwenden.
- (2) Grabmäler dürfen die folgenden Höchstmaße nicht überschreiten:
Höhe: 1,50 m ab Sockel
Breite: 0,90 m Sondergrab
0,80 m Reihengrab
- (3) Als Werkstoff kommen insbesondere Eisen oder Bronze in Betracht: Unzulässig ist jedenfalls die Verwendung von Grabsteinen, PVC, Plastik und dergleichen. Die Verwendung von mehr als zwei verschiedenen Werkstoffen ist zu vermeiden.
- (4) Der Wortlaut der Beschriftung von Grabmälern ist einfach und sinnvoll zu halten. Er hat der Würde des Ortes zu entsprechen und darf das religiöse Empfinden nicht verletzen.
- (5) Beim Aufstellen der Grabmäler ist durch Fundierung oder anderweitige Befestigung deren dauerhafte Standsicherheit zu gewährleisten. Fundamente dürfen nicht sichtbar sein.
- (6) Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, Grabmäler, die nicht mehr standsicher sind, zur Vermeidung der Gefährdung der Friedhofsbenützer auf Kosten des Benützungsberechtigten abzusichern oder abzutragen. Die Benützungsberechtigten sind für Schäden haftbar, die durch das Umfallen von Grabmälern verursacht werden.

§ 8

Genehmigung für die Errichtung eines Grabmales

- (1) Grabmäler dürfen nur mit schriftlicher Genehmigung der Friedhofsverwaltung errichtet werden.
- (2) Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn das zu erstellende Grabmal den Bestimmungen dieser Friedhofsordnung entspricht, das religiöse Empfinden nicht verletzt und das Gesamtbild des Friedhofes nicht stört.
- (3) Grabmäler, die ohne Genehmigung oder entgegen den Bestimmungen der Friedhofsordnung aufgestellt wurden, sind über Aufforderung der Friedhofsverwaltung vom Benützungsberechtigten auf dessen Kosten zu entfernen. Nach einmaliger Mahnung und Setzen einer angemessenen Nachfrist kann die Friedhofsverwaltung die Entfernung des Grabmales auf Kosten des Benützungsberechtigten veranlassen.
- (4) Für Unfälle, die durch unsachgemäßes Aufstellen, sowie für alle Schäden die durch die Aufstellung, Instandhaltung oder Entfernung von Grabmälern entstehen, haften die jeweiligen Benützungsberechtigten.

§ 9

Grabschmuck und Bepflanzung

- (1) Die Grabstätten sind von den Benützungsberechtigten so zu schmücken und zu bepflanzen, daß das Gesamtbild des Friedhofes hiedurch nicht beeinträchtigt wird. Die Benützungsberechtigten haben

dafür zu sorgen, daß die Pflanzen innerhalb der Grabeinfassung nicht höher als 60 cm sind und den Zugang zu den Grabstätten nicht behindern.

(2) Verwelkte Blumen und Kränze, leere Grablichter und andere Abfälle sind von den Benützungsberechtigten unverzüglich zu entfernen und auf eigene Kosten entsprechend den Bestimmungen der Abfuhrordnung der Gemeinde Schoppernau zu entsorgen.

(3) Der unmittelbare Bereich um die Einfassung ist von Unkraut freizuhalten.

(4) Wird der Bestimmung des Abs. 1 nach förmlicher Aufforderung binnen zwei Wochen nicht entsprochen, werden Pflanzen, Bäume oder Sträucher auf Kosten des Benützungsberechtigten zurückgeschnitten oder entfernt.

§ 10

Benützungsrechte

(1) Die Dauer des Benützungsrechtes (§§ 38 ff. BestG.) beginnt mit der ersten vom Benützungsberechtigten veranlaßten Bestattung oder Beisetzung und wird folgendermaßen festgelegt:

a) Reihengräber für Erwachsene	15 Jahre
b) Sondergräber	15 Jahre
c) Urnengräber	15 Jahre

(2) Das Benützungsrecht muß vom Zeitpunkt der Vornahme einer Bestattung an jeweils bis zum Ablauf der Mindestruhezeit aufrecht bleiben. Endet das Benützungsrecht vor Ablauf der Mindestruhezeit, so ist es bis zum Ablauf derselben zu verlängern (§ 38 Abs. 5 BestG.).

(3) Der Erwerb von Benützungsrechten im vorhinein ist möglich, wenn auf dem Friedhof sonst noch ausreichend Grabstätten zur Verfügung stehen. Die Friedhofsverwaltung kann das Benützungsrecht nach Ablauf der Mindestruhezeit um 10 Jahre verlängern, wenn auf dem Friedhof sonst noch ausreichend Grabstätten zur Verfügung stehen (§ 38 Abs. 3 BestG) und außerdem die hierfür festgesetzte Gebühr bezahlt wird.

(4) Die Verwaltung ist berechtigt, eine Verlängerung des Benützungsrechtes aus den in § 11 Abs. 1 genannten Gründen, oder wenn keine nahen Angehörigen der Personen, die in der Grabstätte beerdigt sind, in Schoppernau ihren Hauptwohnsitz haben, oder aus anderen wichtigen Gründen, zu widerrufen.

§ 11

Entzug des Benützungsrechtes

(1) Das Benützungsrecht für eine Grabstätte kann entzogen werden, wenn

- a) die Friedhofsgebühren (Grabstätten- und Verlängerungsgebühren) nicht in der festgesetzten Zeit und Höhe bezahlt werden;
- b) die Grabstätte nicht gepflegt ist und nach einmaliger Aufforderung, die auch in Form einer ortsüblichen Verlautbarung erfolgen kann, nicht binnen zwei Monaten in einen ordentlichen Zustand gebracht wird;
- c) in der vorgeschriebenen Zeit von 2 Jahren nach Bestattung kein entsprechendes Grabmal errichtet wird.

(2) Bei Entzug des Benützungsbrechtes gemäß Abs. 1 kann das Friedhofsamt eine andere Be-
stattungsart und/oder eine andere Grabstätte bestimmen.

§ 12 Mindestruhezeit

(1) Die Mindestruhezeit beträgt allgemein 15 Jahre.

(2) Die Mindestruhezeiten können im Einzelfall auf Antrag des Benützungsberechtigten durch
Verfügung der Friedhofsverwaltung verkürzt werden. Die Friedhofsverwaltung hat vor Ihrer
Entscheidung den Gemeindefarzt zu hören.

(3) Vor Ablauf der Ruhefrist kann eine neuerliche vertikale Belegung nur erfolgen, wenn der früher
beigesetzte Sarg eine Mindesttiefe von 2,20 m aufweist.

(4) Aus dem Benützungsbrecht für die Dauer der Mindestruhezeit oder die Dauer von gewährten
Verlängerungen des Benützungsbrechtes entsteht für die Angehörigen oder Erbberechtigten oder für
die zur Grabpflege verpflichteten Personen keinerlei Besitzrecht (Pacht, Miete und dergleichen),
sondern nur die Verpflichtung, die Grabstätte ordnungsgemäß zu erstellen, zu erhalten und zu pflegen
sowie die vorgeschriebenen Grabgebühren an die Friedhofsverwaltung zeitgerecht zu entrichten.

(5) Ein vorzeitiger Verzicht auf das Benützungsbrecht ist schriftlich zu beantragen. Bei vorzeitiger
Auflassung einer Grabstätte besteht kein Anspruch auf Rückersatz der Grabstättengebühren oder der
Gebühren für eine Verlängerung.

§ 13 Ordnungsvorschriften

(1) Der Besuch des Friedhofes steht jedermann frei. Kinder unter sechs Jahren dürfen den Friedhof
nur in Begleitung von Aufsichtspersonen betreten. Die Friedhofsverwaltung kann den Friedhof
während folgender Zeiten sperren:

- a) in den Nachtstunden (bei Dunkelheit)
- b) kurzfristig aus wichtigen Gründen, z.B. bei Vornahme einer Exhumierung.

(2) Die Friedhofsbesucher haben sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu benehmen.
Den Anordnungen der Friedhofsverwaltung und deren Beauftragten ist Folge zu leisten.

(3) Verboten ist insbesondere:

- a) das Gehen außerhalb der Wege;
- b) das Wegwerfen von Abfällen aller Art außerhalb der hierfür vorgesehenen Plätze;
- c) das Befahren der Wege mit Kraftfahrzeugen und Fahrrädern, sowie das Mitführen und
Abstellen von Mopeds und Fahrrädern im Friedhof (ausgenommen das zu Bestattungen und
zur Grab- und Friedhofspflege unbedingt notwendige Befahren);
- d) das Mitnehmen von Tieren oder das Anbinden derselben unmittelbar an den Friedhofs-
eingängen;
- e) das Durchführen von Arbeiten aller Art an Sonn- und Feiertagen - ausgenommen nicht
aufschiebbare Arbeiten des Totengräbers.

(4) Die Grabmäler sind aufstellungsbereit auf den Friedhof zu bringen.

(5) Die Lagerung von Grabmälern, Bau- und Werkstoffen, sowie das Abstellen von Maschinen und ähnliches auf dem Friedhofsareal ist verboten.

§ 14

Friedhofsverwaltung

- (1) Die Verwaltung des Friedhofes obliegt der Gemeinde Schoppernau.
- (2) Zu den Aufgaben der Friedhofsverwaltung gehören insbesondere:
 - a) die Festsetzung der Termine für Bestattungen und Beisetzungen, wobei nach Möglichkeit die Wünsche der Religionsgemeinschaften und der Angehörigen zu berücksichtigen sind;
 - b) die Abwicklung der durch das Bestattungsgesetz und die Friedhofsordnung bedingten Verwaltungsarbeiten;
 - c) die Überwachung der Einhaltung der in der Friedhofsordnung festgelegten Bestimmungen.

§ 15

Schadenshaftung

Die Gemeinde Schoppernau übernimmt keinerlei Haftung für Schäden, die an Grabstätten und deren Ausstattung durch Zeitablauf sowie durch Schnee, Windbruch und Elementarereignisse oder durch Beschädigung seitens Dritter und sonstiges entstehen. Der Rechtsträger haftet auch nicht für Diebstahl und Beschädigungen an Personen und Sachen, aus welchem Grunde auch immer.

§ 16

Strafbestimmungen

Personen, die den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandeln, sind von der Bezirkshauptmannschaft nach § 60 Abs. 1 lit. c BestG. zu bestrafen.

§ 17

Schlußbestimmungen

Diese Friedhofsordnung tritt am 01.01.1998 in Kraft, mit welchem Zeitpunkt alle bisherigen Vorschriften oder Vereinbarungen ihre Gültigkeit verlieren.

Der Bürgermeister